

# Laibacher Zeitung.

N<sup>o</sup>. 39.

Samstag am 16. Februar

1850.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 10 fl., halbjährig 5 fl., mit Kreuzband im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 30 kr. Für die Zustellung ins Haus sind halbjährig 30 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzjährig, unter Kreuzband und gedruckter Adresse 13 fl., halbjährig 6 fl. 30 kr. — Insetionsgebühr für eine Spaltenzeile oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 3 kr., für zweimalige 4 kr., für dreimalige 5 kr. C. M. Inserate bis 12 Zeilen 1 fl. für 3 Mal einzuschalten.

## Nemtlicher Theil.

Seine k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschliefung vom 9. Februar l. J., den Regierungsrath und Vorsteherstellvertreter bei der Cameral-Gefällenverwaltung für Oesterreich ob- und unter der Enns, Ubaldo Mersort, zum Ministerialrath im Ministerium der Finanzen zu ernennen geruhet.

Se. k. k. Majestät haben mit allerhöchster Entschliefung vom 1. Februar d. J., das an dem Domcapitel zu Brixen erledigte Canonicat, dem Probst des Collegiatstiftes Innichen, Franz Joseph Rudigier, allergnädigst zu verleihen geruhet.

Se. k. k. Majestät haben über allerunterthänigsten Antrag des Ministers für Landes-Cultur und Bergwesen mittelst allerhöchster Entschliefung vom 10. Februar d. J., den Kunstmeister der Prätibramer k. k. Schürungsdirection, Peter Rittinger, zum Sectionsrath für das Kunst- und Bergfach bei dem Ministerium für Landescultur und Bergwesen allergnädigst zu ernennen geruhet.

Am 15. Febr. 1850 wird das XVIII. und XIX. Heft des Reichsgesetz- und Regierungsblattes, beide jedoch vorläufig nur in der deutschen Alleinausgabe in Wien ausgegeben und versendet werden.

Wien am 14. Februar 1850.

K. K. Redactions-Bureau des allgemeinen Reichsgesetz- und Regierungsblattes.

## Die bei der Revision des österreichischen Zolltariffs leitenden Grundsätze vom practischen Standpunkte aus betrachtet.

(Schluß.)

Der Zoll-Commission war, wie uns die „Austria“ sagt, vornehmlich das Handelssystem des deutschen Zollvereins maßgebend und ihr schien es im Interesse Oesterreichs zu liegen, den neuen Zolltarifentwurf mit dem Tarife des Zollvereins möglichst in Einklang zu bringen, wie sie denn auch zur Beförderung der Handelsverbindung mit dem deutschen Zollvereine darauf anträgt, daß die periodische Revision des österr. Tarifs stets in dasselbe Jahr, wie jene des Vereinstarifs falle.

Die Theilnahme an der Zollgesetzgebung steht, vermög §. 67 und rücksichtlich 36 lit. g der Verfassung vom 4. März, dem Reichstage, Gesetze vorzuschlagen aber nach §. 65 der Verfassung den beiden Häusern sowohl als dem Kaiser zu.

Die Regierung Sr. Maj. wird sonach wohl die Revision des Tarifs vorzubereiten, die Revision selbst aber, oder den Beschluß über irgend eine Aenderung des Tarifs, der Kaiser in Uebereinstimmung mit den beiden Häusern des Reichstages zu vollziehen haben, was bereits in den Vorschlägen zur Anbahnung der österreichisch-deutschen Zoll- und Handelseinigung, Wiener Zeitung vom 26. October 1849 gesagt wurde, und der Herr Handelsminister unterm 13. December v. J. dem niederösterreichischen Gewerbs-Vereine mit der Versicherung, „daß die niedergesetzte Commission keine andere Aufgabe habe, als bloß einen Tarif-Entwurf auszuarbeiten, und daß die definitive Ordnung der Tarifsangele-

genheiten nur vom Reichstage ausgehen werde,“ ausdrücklich erklärte. Es wird also vielmehr die Sache des Zollvereins seyn, die Revision seines Tarifs nach den dießfälligen Verhandlungen des Kaiserreiches zu regeln, zumal da eine Vereinigung der Zollvereinsstaaten mit dem österr. Zollgebiete zuverlässig mehr im Interesse jener Staaten, als Oesterreichs liegt, was selbst die „deutsche Reichszeitung,“ ein die preussischen Interessen förderndes Journal zugestehet. Oesterreich befindet sich nicht in derselben Lage, in welcher sich jene kleinen Staaten befinden, welche sich an Preußens Zollsystem in einem Zollvereine anschließen mußten. „Unser Kaiserstaat, sagt der „Lloyd“ in einer ganz hieher gehörenden Stelle des Blattes Nr. 121 vom Jahre 1845,“ bildet in seinem weiten, von mehr als 38 Millionen Menschen bewohnten überreichen Territorium einen abgeschlossenen, achtungsgebietenden Handelskörper, innerhalb dessen Grenzen alle volkswirtschaftlichen Bildungsstufen vertreten sind, vom Hirten- und Ackerbau bis zum raffinirtesten Fabrik- und Handelsleben hinaus; er, der Erbe Venedigs am adriatischen Meere, gebietet über eine 250 Meilen lange Seeküste und eine ansehnliche, unübertrefflich geführte und bemannte Handelsflotte, welcher eine kräftig sich fortbildende Kriegsmarine Schutz und Achtung verleiht; er ist eben bemüht, die aus früheren Zeiten überkommenen Prohibitionen nach und nach in einen kräftigen Schutz zu verwandeln, und wird sich also mit der Zeit den niedern Tarifsätzen des Zollvereines nähern. Er hat aber noch ein tiefeingreifendes Monopolsystem, für welches noch gewichtige finanzielle Rücksichten sprechen, eine Zwischenzolllinie in seinem Innern, und manche andere, der schnellen Entfaltung hinderlichen Verhältnisse, welche bei der löblichen, jedes bestehende Privatrecht achtenden Staatsmaxime Oesterreichs nicht so schnell beseitigt werden können.“ Also gemach und bedächtig, und keine Ueberstürzung rufen wir demnach denen zu, welche auf einen baldigen und möglichst innigen Zollanschluß an Deutschland dringen, und sie mögen bedenken, daß wenn die beschützende Politik des Zollvereins der dortigen Industrie intellectuelle und Capitals-Kräfte gewann, auch in unserem Kaiserstaate gleiche Mittel gleiche Wirkungen erwarten lassen.

Es ist wohl ganz richtig, wie die Wiener Zeitung vom 26. October 1849 im citirten Artikel: „Vorschläge zur Anbahnung der österreichisch-deutschen Zoll- und Handelseinigung,“ sagte, daß die volkswirtschaftliche Vereinigung Oesterreichs und Deutschlands beiden Theilen durch ein dreifach wichtiges Interesse, ein finanzielles, ein national-ökonomisches und ein politisches geboten ist, eben so gewiß ist es aber auch, daß Deutschland sowohl als Oesterreich kräftigen Schutz bedarf gegen das Ausland, und namentlich gegen das übermächtige und geldstolze England, welches sich schon 1820 in der „Times“ rühmte, daß die Deutschen jährlich für 120 Millionen Pfund Sterling, d. i. 128 Millionen Gulden C. M., Colonial- und englische Kaufmannswaren verbrauchen, während England aus Deutschland jährlich nur für 3 Millionen Werth bezieht. In dieser Behauptung liegt zwar offenbar eine mar.tschreierische Prahlerei, allein die nachfolgende, der Broschüre des Reichsabgeordneten v. Reden (Frankfurt 1848) entnommene Nachweisung des Werthes der Einfuhr und Ausfuhr Oesterreichs

und des Zollvereins nach dem Durchschnitte von 1841 in 1846 gibt kein sehr erfreuliches Resultat.

	Einfuhr.	Ausfuhr.
Natur- und landwirtschaftlich Erzeugnisse:	54,645,446 fl.	26,200,699 fl.
Industrie-Gegenstände, Fabricationsstoffe u. Halbfabricate	51,609,125 fl.	49,895,856 fl.
Ganzfabricate	6,260,286 fl.	30,093,039 fl.
Zusammen	112,514,857 fl.	106,189,594 fl.
Natur- und landwirtschaftliche Erzeugnisse:	83,544,553 fl.	38,894,193 fl.
Industrie-Erzeugnisse, Rohstoffe und Halbfabricate	123,598,243 fl.	31,782,751 fl.
Ganzfabricate	27,467,446 fl.	82,284,540 fl.
Gegenstände, welche vorstehend nicht genannt sind, weil sie in den Handelstabellen namentlich nicht bezeichnet sind	500,118 fl.	1,313,150 fl.
Zusammen	235,110,360 fl.	154,274,634 fl.

„Weil es der Zollverein verschmäht hat, sagt J. C. Glaser: (Einige handelspolitische Grundzüge für die Handhabung des internationalen Verkehrs, Frankfurt 1848) dem Capital durch Schutz der Gewerbe Gelegenheit zu vortheilhafter Anlegung zu verschaffen, bezahlt man jährlich 40 Millionen Thlr. Arbeitslohn an das Ausland.“

Der deutsche Verein für Handelsfreiheit hat, wie die „Austria“ vom 23. Jänner d. J. berichtet, dem Herrn Handelsminister unter Lobpreisung der beabsichtigten comerial-gewerblichen Union Deutschlands, den „Entwurf zu einem Zolltarife für das vereinte Deutschland, ausgearbeitet in Gemäßheit der Berathungen der, in Frankfurt a. M. versammelt gewesenen Abgeordneten des Handelsstandes,“ überreicht. Wir haben diesen Entwurf vor uns, und lesen darin: „Auf eine specielle Erwägung der österr. Verhältnisse ist man nicht näher eingegangen, weil die comerialen und industriellen Zustände der österr. Staaten, und namentlich das dort vorherrschende Verbot-System, jedenfalls wohl eine Uebergangsperiode zur spätern Zollvereinigung mit dem übrigen Deutschland bedingen werden. Abgesehen hiervon ist es jedoch die Ansicht gewesen, daß ein für das ganze Deutschland geeigneter, keinen Erwerbszweig beeinträchtigender Tarif gewiß auch zur Wohlfahrt der österr. Staaten später werde in Anwendung gebracht werden können.“ Das Handelsministerium erwiederte dem „deutschen Vereine für Handelsfreiheit“ in verbindlicher Weise, daß „die österr. Zoll-Regulirungs-Commission von andern Gesichtspuncten ausgeht, und andere Bedürfnisse zu berücksichtigen hat.“ — Es ist bereits in der Wiener Zeitung vom 26. October v. J. und abermals in der Denkschrift des Herrn Handelsministers ausdrücklich der Grundsatz ausgesprochen worden, daß die Zollvereinigung Oesterreichs und Deutschlands so

durchzuführen sey, daß darunter kein wesentliches Interesse des einen oder andern Handelsgebietes verlegt werde, daß vielmehr die verschiedenen Bedürfnisse und Wünsche möglichst ihre Befriedigung erhalten. Hiernach also hat die Zoll-Commission vorzugehen und ein Operat zu liefern, welches zunächst die Zoll-Conferenz zu Frankfurt a. M., dann aber der nächste Reichstag zu prüfen haben wird; sie wird dabei auch die erforderlichen Abänderungen des Mechanismus und Organismus der Verwaltung dieses wichtigen Staatseinnahmszweiges beantragen, und im Interesse des Comerzes, sowohl als der Finanzen ohne Zweifel jene Wünsche und Vorschläge berücksichtigen, welche dießfalls in verschiedenen öffentlichen Blättern laut geworden sind, und im Geschäftsleben täglich vernommen werden können. Wir dürfen übrigens das Schwierige der Verfassung eines zeitgemäßen, den Anforderungen der Producenten, der Handelswelt und der Consumenten entsprechenden Tarifs nicht verkennen, und müssen erwägen, daß weiland der Hofsecretär Y\*\*\* im Auftrage Kaiser Josephs II. den Zolltarif von 1788 aus den vorhandenen Materialien, zwar innerhalb drei Monaten zu Stande brachte, sich aber durch die Anstrengung dabei nebst der a. h. Zufriedenheit und einer Belohnung von 1000 Ducaten, auch ein Plätzchen im Irrenhause erwarb.

*Verichtigung.* Im gestrigen Blatte, erste Spalte, Zeile 10 von unten, soll es heißen: Anstände — statt: Umstände.

## Politische Nachrichten.

### O e s t e r r e i c h.

— Wien am 13. Februar 1850. Am 11. Febr. haben Seine Majestät die Verordnung zur Durchführung der Grundentlastung im Kronlande Desterreich unter der Enns und die Ernennung des Regierungsrathes und ehemaligen Kreishauptmannes von Korneuburg, Wenzel Turba, zum Ministerialcommissär und Präsidenten der zu errichtenden Grundentlastungscommission genehmiget.

— Die salzburg'schen Grundentlastungsbezirkscommissionen beschäftigten sich im Jänner l. J. mit der Liquidirung und Einbringung der Rückstände aus dem J. 1848. Es wurden hierbei Verhandlungen mit 6758 Parteien gepflogen und an Rückständen 17503 fl. C. M. eingezahlt; einige Parteien haben die Bezahlung in zwei Terminen zugesichert und es ist gegründete Aussicht vorhanden, daß diese Rückstände mit wenigen Ausnahmen bis zum Ende d. M. im gütlichen Wege hereingebracht seyn dürften. Die Landescommission setzte die Vorarbeiten für das eigentliche Entlastungsgeschäft fort, und es wird, sobald die erforderlichen Verzeichnisse verfaßt seyn werden zur Ausmittelung der definitiven Entschädigung geschritten werden.

— Am 10. d. M. fand zu Prag eine Hauptversammlung böhmischer Industriellen Statt. Die Beschlüsse der Jungbunzlauer Versammlung kamen daselbst zur Sprache, und es ward beschlossen, eine von dem Fabrikanten Hrn. Richter verfaßte Denkschrift als den Meinungs Ausdruck der im Ganzen nicht sonderlich zahlreichen Versammlung durch eine Deputation dem Hrn. Handelsminister überreichen zu lassen.

— Der k. k. Generalmajor und Flügeladjutant Sr. Majestät des Kaisers, Keller von Köllenstein, ist gestern Abend auf der Nordbahn von Theresienstadt hier eingetroffen.

— Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Presse die Freigebung des Telegraphennetzes nach Möglichkeit ausbeuten, und jedes größere Journal Verbindungen anknüpfen wird, um auf diesem Wege von den wichtigsten Vorfällen schnell möglichst in Kenntniß gesetzt zu seyn.

Einfache briefliche Mittheilungen genügen nicht mehr, die Windeseile des Telegraphendrahtes wird in Zukunft der Vore seyn, nach dessen thatsächlichen Rapporten der Publicist seine Raisonnements modelt. Vorläufig sind Wien, Graz, Laibach, Triest, Linz, Salzburg, Brünn, Olmütz, Prag und Oder-

berg die Telegraphen-Stationenpunkte, welche für Privatcorrespondenzen nach allen Richtungen hin benutzt werden können. Die Verbindung mit auswärtigen Plätzen steht nächstens bevor; vor der Hand können nur auf den genannten Stationen Depeschen aufgegeben werden; zugleich ist die Einrichtung getroffen, daß derlei Depeschen an den Punkten, wo die Leitungslinie zu Ende geht, vom Telegraphenamte durch die Post weiter an den Ort ihrer Bestimmung befördert werden.

Die Benützung des Telegraphen steht von Morgen an Jedermann ohne Ausnahme zu, doch sind Mittheilungen ausgeschlossen, die aus Rücksichten der Politik oder des öffentlichen Wohles zur Weiterverbreitung auf diesem Wege nicht geeignet erachtet werden. Die dießfällige Entscheidung steht dem Vorsteher der betreffenden Telegraphen-Station zu, jedoch kann gegen dieselbe Recurs ergriffen werden und zwar bei dem Central-Telegraphen-Bureau in Wien, selbstverständlich nach Erlag der betreffenden Beförderungsgebühren.

Die Telegraphenamter sind dem Publikum zu jeder Zeit geöffnet.

Die zu befördernde Depesche muß ohne Abkürzung und deutlich geschrieben mit dem Vor- und Zunamen, Charakter und Wohnung, sowohl des Absenders als des Adressaten versehen seyn. Zugleich ist anzugeben, ob die Depesche, falls sie von der letzten Telegraphen-Station noch weiter befördert werden sollte, mittelst Estafete oder der gewöhnlichen Post zu expediren kommt.

Eine Depesche darf nicht mehr als 100 Worte enthalten. Außer der Beförderungsgebühr, welche für

1 — 20	Worte	5	kr. pr. Meile
21 — 60	„	10	kr. pr. „
60 — 100	„	15	kr. pr. „

beträgt, ist noch eine Manipulationsgebühr von 2 fl. für jede Depesche und eine Zustellungsstaxe von 24 kr. zu entrichten.

Depeschen, welche zur Nachtszeit expedirt werden, bezahlen das Doppelte des Beförderungsbeitrages.

Von Wien nach Oderberg, 42 Meilen Entfernung, stellt sich sohin der Preis einer Depesche von 20 Worten, ohne Manipulations- und Zustellungsgebühr, auf 3 fl. 32 kr.

von 21 bis 60	Worten	auf	7 fl. 4 kr.
„ 60 — 100	„	„	10 fl. 36 kr.

Von Wien nach Prag

von 1 bis 20	Worten	5	fl. 16 kr.
„ 21 — 60	„	10	fl. 32 kr.
„ 61 — 100	„	15	fl. 48 kr.

Von Wien nach Linz

von 1 bis 20	Worten	2	fl. 4 kr.
„ 21 — 60	„	4	fl. 7 kr.
„ 61 — 100	„	6	fl. 11 kr.

Von Wien nach Salzburg

von 1 bis 20	Worten	3	fl. 17 kr.
„ 21 — 60	„	6	fl. 34 kr.
„ 61 — 100	„	9	fl. 51 kr.

— Fürst Alfred Windischgrätz wird heute von Stunde zu Stunde im Nordbahnhof erwartet.

— Wien, 13. Februar. Mittelt Erlaß des Unterrichts-Ministeriums wurde verordnet, daß schon im heurigen Studienjahre das Ende des ersten Semesters mit dem 20. März, der Anfang des zweiten Semesters mit dem 5. April beginnen, und dieses mit dem 14. August enden soll. Die Dauer der ganzjährigen Ferien wird erst durch ein nachträgliches Gesetz festgestellt werden.

— Das Justiz-Ministerium hat die österreichische Strafgesetzgebung zur unmittelbaren Einführung in Ungarn, Croatien, Slavonien und Siebenbürgen vorbereitet. Der Text des Gesetzes selbst soll mit den seit beinahe einem halben Jahrhundert erschienenen Nachtrags-Verordnungen verschmolzen und so eine revidirte Ausgabe des Gesetzes für die benannten Länder erfolgen. Der von den Verbrechern handelnde erste Theil in der neuen Redaction soll bereits fertig seyn.

□ Aus dem Preßburger Districte, 12. Februar. So eben erhaltenen Nachrichten zufolge

hat das Wasser weiter unten keinen erheblichen Schaden angerichtet, und hätte sich folglich der Hauptsache nach bloß auf unsere Umgegend beschränkt. Da war denn aber die Noth auch grenzenlos, und jetzt erst, nachdem Berichte von der Schütt, der Comorner Gegend eingelaufen sind, können wir die Größe des Unglücks beurtheilen. Die Felder sind allenthalben mit Eis bedeckt, das vielleicht bis tief ins Frühjahr hinein nicht schmilzt und das Gedeihen der Saat hemmt. Besonders sind auch die Ufer des Donaustromes und seiner Arme sehr beschädigt, zumal in dieser Hinsicht in Ungarn nie viel vorgebeugt wurde. — Die Preßburger erhalten immer noch zahlreiche Unterstützung, und wie ich höre, soll in ganz Ungarn eine Sammlung für die Ueberschwemmten eingeleitet werden. Bis jetzt sind gegen 4000 fl. (in 8 Tagen!) eingekommen, und der Adel war es vorzugsweise, der viel, sehr viel that; auffallend wenig spendete die Clerici. Auch das k. k. Militär that sich bei der Unterstützung hervor. —

Heute geht der Carneval zu Ende, und es findet in Preßburg die letzte maskirte Redoute Statt. — Unser neuer Districtscommandant G. M. Gerstner, der sich seit etlichen Tagen hier befindet, amirt bereits und soll ein sehr strenger Mann seyn; das Erste war, daß er die Redacteurs zu sich rufen ließ und ihnen mehr Mäßigung empfahl, wofür sie standrechtlich behandelt würden. Dieß soll auf die Beschwerden mehrerer gutgesinnten Bürger Preßburgs veranlaßt worden seyn. —

In Arad wurden wiederum etliche 30 Insurgentenofficiere zu längerer und kürzerer Festungsstrafe verurtheilt; auf unsere Bevölkerung machen diese Urtheile nicht den mindesten Eindruck mehr; man weiß, daß kein Todesurtheil mehr gefällt wird, das Uebrige ergibt sich von selbst. —

Die Donau läuft schon wieder in ihrem gewöhnlichen Bette, 8 Schuh und etliche Zoll hoch; die haushohen Eisblöcke bedecken noch das ganze rechte und einen Theil des linken Donauufers. In Preßburg sind Hunderte von Arbeitern thätig, um die Gassen sauber zu machen. Gegenwärtig haben wir beständiges Thauwetter mit periodischem Regen. — Während der Fasten sollen in Preßburg Concerte zu Gunsten der Haynauftistung und der Ueberschwemmten, vom Musikvereine Statt finden.

— Semlin, 28. Jänner. Am 26. d. M. kanonirten die Belgrader Türken aus der Festung fast den ganzen Tag zur Geburtsfeier ihres Propheten. An eben diesem Tage feierten wir das Fest des h. Sawa, erster serbischer Erzbischof und Schutzpatron der Schulen, daher nennt ihn auch das Volk und die Geschichte „Prosvetitel“, „Aufklärer“. Tags darauf, am 27., verschied um die Mittagszeit der Belgrader Pascha Hassan, und schon vor Sonnenuntergang ward er, ohne allen Prunk, begraben; so bringt es türkischer Gebrauch mit sich. Hassan Pascha war ein alter, fränklicher Mann, früher Pascha von Cypren; seit dem Ende des ungarischen Krieges nahm er sichtlich ab, der Fall der magyarisch-revolutionären Regierung scheint ihm sehr zu Herzen gegangen zu seyn.

### D e u t s c h l a n d.

Berlin, 11. Februar. Die erste Kammer hat heute für das Staatenhaus in Erfurt gewählt: v. Auerswald, Brünnel, Brüggemann, Dahlmann, Dönhof, Denzien, v. Jordan, Möwes. — Die Wahlen in der zweiten Kammer erfolgen morgen. — Es ist die Verfügung, betreffen die Vereidigung der sämtlichen Staatsbeamten auf die Verfassung, an die oberen Staatsbehörden abgegangen. Die Vereidigung wird in ähnlicher Weise erfolgen wie die Huldigung. — Die „Berliner Nachrichten“ melden: Der nach Wien berufene Mathematiker, Prof. Jacoby, wird Berlin in etwa sechs Wochen verlassen, um an seinen neuen Bestimmungsort abzugehen. Wir bemerken hierbei zur Widerlegung vieler irriger Berichte, daß derselbe niemals einen Gehalt aus Chauiungeldern bezogen, sondern daß er auch seine persönliche Zulage, gleich andern Staatsbeamten, aus den Staatscassen erhalten hat.

## Schweden und Norwegen.

In Upsala hat eine für die Regierung beunruhigende Demonstration Statt gefunden; es wurde nämlich eine Trauerfeier für — „das unglückliche Ungarn“ abgehalten, zu der sich eine ziemliche Volksmenge einfand. Die dreifarbigten Fahnen der verschiedenen Nationen wurden unter lautem Zuruf der Menge aufgesteckt, leidenschaftliche Reden gehalten, und die Regierung beschuldigt, daß sie sich zum blinden Werkzeuge Rußlands gebrauchen lasse. Wenn man im Ganzen den Gang des öffentlichen Geistes in Schweden mit Aufmerksamkeit verfolgt, so muß man zu der Wahrnehmung gelangen, daß dasselbe, so ruhig von Außen, viele gefährliche Elemente in sich schließt, welche früher, als man glaubt, eine Explosion herbeiführen können.

## Italien.

Florenz, 8. Februar. Der Finanzminister hat ein Rundschreiben an die Departementschefs erlassen, in welchem er sie zu möglichster Sparsamkeit in den Staatsausgaben und zur größten Pünktlichkeit in der Erhebung der Staatseinnahmen ermahnt.

Rom, 31. Jänner. Die Politik der Franzosen in Rom hört nicht auf fortwährend neue Räthsel aufzugeben. Die Opposition gegen die päpstliche Regierung trat namentlich in der letzten Zeit in mancherlei Reibungen, wie dem Prozeß Cernusch's, offen zu Tage. Jetzt ist ein weiterer Schritt von hoher Wichtigkeit gethan worden. Das Castell St. Angelo wurde bisher von den Franzosen im Namen des Papstes besetzt gehalten; einzelne Theile waren sogar den römischen Truppen überlassen. Jetzt hat man diese entfernt und die ganzen Werke im Namen der französischen Republik occupirt. Dasselbe geschieht mit allen den vereinzelt Thürmen, die in älterer Zeit zur Verhinderung feindlicher Landungen an der Küste des Kirchenstaats errichtet und jetzt nur schwach, meist zur Verhinderung des Schmuggelhandels, besetzt waren.

Auch den Palast des Santo Uffizio (der Inquisition) haben die Franzosen vor wenigen Tagen, ohne weitere Anfrage, fast mit Gewalt besetzt. Das französische Heer betrachtet sich sonach nicht mehr als Hilfsmacht des Papstes, sondern als Occupationshier in einem feindlichen Lande, das sich zunächst der strategisch wichtigen Punkte zu versichern hat. Auch die Truppen, welche Befehl hatten, sich zur Rückkehr bereit zu halten, haben die Weisung erhalten, zu bleiben; man behauptet sogar, daß eine Verstärkung im Anzuge sey. Worauf deutet dieß? Die Lösung dieser Frage vermag hier Niemand mit Gewißheit zu geben. (U. A. Z.)

Rom, 6. Februar. Vorgestern, am ersten Tage der gewöhnlichen Carnevalsfahrten, erschien fast kein einziger Wagen auf dem Corso. Bloß der Sohn des Fürsten von Canino und Hr. Ostinoff fuhren einige Male auf und ab und entfernten sich sodann. Auch Fußgänger waren nur sehr wenige; hin und wieder hatten sich einige Menschen vor den Fenstern aufgestellt, aus denen mehrere Engländer Confetti warfen. Die Kaufläden waren größtentheils geschlossen; die gewöhnlichen Verzierungen der Balcone und Fenster mittelst Teppichen fehlten ganz. Niemand war in Maskenkleidern. Uebrigens fielen keinerlei Demonstrationen vor. Päpstliche Dragoner und Infanteristen waren auf dem Corso aufgestellt, französische Truppen auf den benachbarten Plätzen. Die einzige auffällige Erscheinung war ein Trupp von ungefähr 40 als Bajazzo's maskirter Straßenjungen, die mit Kuhglocken und ähnlichen Instrumenten die Straßen durchzogen, um die Bewohner gewissermaßen zur Nachahmung aufzufordern. Die Sache fand jedoch keinen Anklang.

Der zweite Tag war belebter. Es fuhren 12 bis 15 Kutschen auf dem Corso auf und ab; Fußgänger waren in Menge zugegen und auch eine große Anzahl Fenster geschmückt. Ungefähr 20 Kutschen fuhren in zwei Abtheilungen mit maskirten Sbirren, die jedoch ihre Rollen schlecht durchführten und weder Blumen noch die gebräuchlichen Confetti bei sich hatten, vielmehr unaufhörlich Ci-

garren rauchten. Die Episode zog deshalb zwar die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich, aber keineswegs in angenehmer Weise. Die Fahrenden wurden vom Volke verhöhnt und ausgepöfien. Viele Personen, die in ihren Wagen bereits zum Corso fuhren, kehrten sofort wieder um; die Polizei hatte vielen Kaufleuten den Befehl zukommen lassen, ihre Läden offen zu halten. Verhaftungen sind fortwährend Statt, die jedoch selten zu einem andern Resultate führen, als daß die Eingezogenen nach 10 bis 15 Tagen wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

## Frankreich.

Paris, 8. Februar Abends. Die „Estatette“ sagt: „Die letzte diplomatische Note Oesterreichs und Preußens an den Bundesrath, bezüglich der Ausweisung der politischen Flüchtlinge aus schweizerischem Gebiet, ist nur die Wiederholung einer ähnlichen Note, welche Preußen an den Bundesrath richtete, als Tocqueville Minister des Auswärtigen war. Zu dieser Zeit hatte sich unsere Regierung beeilt, Preußen und Oesterreich zu wissen zu thun, daß sie es auf sich nehme, völlige Genugthuung zu erwirken, ohne daß die zwei betheiligten Mächte nöthig hätten, ihr diplomatisches Handeln mit jenem der französischen Republik zu vereinigen. Trotz allen Bemühungen konnte jedoch unser Cabinet zu keiner Erledigung der Sache gelangen. Da geschah es, daß eine zweite und drohendere Note von Preußen und Oesterreich an den Bundesrath abgeschickt und unsere Regierung eingeladen wurde, sich diesen beiden Mächten anzuschließen, um die Auslieferung (soll wohl heißen: Ausweisung) der politischen Flüchtlinge zu erwirken. Das Ministerium willfahrte diesem Begehren und schlug zum zweiten Male den beiden monarchischen Staaten vor, daß man ihm allein die Unterhandlungen überlassen möge. Unterdessen schrieb General Dufour an den Präsidenten der Republik, um ihn zu ersuchen, daß Frankreich völlige Neutralität bewahren möge, indem er es über sich nehme, die Austreibung der Flüchtlinge ohne Beihilfe der an das Schweizergebiet gränzenden Staaten zu erwirken. Es fragt sich nun, ob Dufour unter den gegenwärtigen Umständen bei der radicalen Partei die nämliche Unterstützung finden wird, welche er in dem Sonderbundskriege von ihr erhielt. Man kann dieß nicht glauben, weil diese Partei dann gegen ihre eigenen Grundsätze handeln müßte.“ Nach dem „Constitutionnel“ wäre die Schweizerfrage in der Hauptsache schon entschieden. Er äußert heute: „Die schweizerische Regierung hat, wie wir voraussahen, die Gerechtigkeit der von den Mächten in Bezug auf die Flüchtlinge an sie gerichteten Begehren anerkannt. Sie wird diejenigen, deren Verhalten von der Art ist, daß es bezüglich der Ruhe in den Nachbarstaaten Besorgnisse erweckt, aus ihrem Gebiet entfernen. Mazzini soll auf Befehl der Bundesregierung die Schweiz verlassen. Alle Maßregeln sind für seine Reise durch Frankreich nach England getroffen.“ Nach demselben Blatte hat unsere Regierung so eben einen Agenten nach Straßburg abgeschickt, der den speciellen Auftrag hat, diejenigen Maßregeln zu ergreifen, welche die dortige Anwesenheit so vieler Flüchtlinge aus Baden nothwendig macht.

## Donau - Fürstenthümer.

Tassy, 25. Jänner. Alle Zweifel an der friedlichen Beilegung der Flüchtlingsfrage müssen nun aufhören, denn dieselbe ist endlich wirklich erfolgt. Die zum Islam übergetretenen Flüchtlinge sollen nach Aleppo, nach Andern nach Diarbekir, die Uebrigen nach Koniah gebracht werden. Fuad ward zum Pascha ernannt und bekam ein Geldgeschenk von 200,000 Piaster, während Reschid-Pascha 2 Millionen und Ali-Pascha 1 Million erhielten. Herr Titof hat seinen Verkehr mit der Pforte feierlichst wieder begonnen. Nur mit Oesterreich soll die Sache noch nicht ausgeglichen seyn. Man versichert, daß die in Rußland entdeckte große Verschwörung, deren nun sogar die hier erscheinende „Gazeta de Moldavia“ Erwähnung macht, auf die Beilegung des Streites zu Gunsten der Pforte großen Einfluß gehabt. — Fürst Ghika soll den Annenorden ersten Classe und ein

sehr schmeichelhaftes Belobungsschreiben des russischen Cabinets erhalten. Die Ablehnung der ihm bewilligten 100,000 Ducaten ward vom Kaiser Nicolaus sehr gnädig aufgenommen.

Bukarest, 26. Jänner. Trotz der, wie vor auszusehen war, von mehreren Seiten erhobenen Reclamationen, fährt der hiesige türkische Obercommandant und Muschir, Omer Pascha, fort, seine Werbungen für den türkischen Militärdienst wie für den Islam auf hiesige wie auf fremde Nationsverwandte auszudehnen. Es ist kaum zu glauben, daß Omer Pascha nicht einsehen sollte, wie eine solche Handlungsweise alle diplomatischen Federn in Bewegung setzen muß, um einer Werbung Schranken zu setzen, die in einem christlichen Lande unter den Augen einer orthodoxen, seiner Tributpflichtigkeit an die Pforte doch immer in die Kategorie jener frühern phanariotischen türkschen Beys gehört, welche bei der geringsten Widersehllichkeit, ja bei dem leisesten Ausdruck einer, wenn auch nur scheinbaren Unbotmäßigkeit die rothe Schnur oder das Henkerschwert, und mindestens das Eryl zu gewärtigen hatten. Gewiß erwartet es Omer Pascha selbst, seinen allzu islamitischen Eifer demnächstens von der Pforte — hon on malgré — mißbilligt zu sehen. Man könnte daher nur annehmen, daß es ihm, der sich schon so oft in den öffentlichen Blättern genannt gesehen, entweder bloß darum zu thun sey, wieder „von sich reden zu machen,“ oder daß er, der ehemalige Christ, sich hier die Gelegenheit nicht nehmen lassen wollte, seinen Ulema's einen eclatanten Beweis zu geben, wie sehr die Ueberzeugung von den Seligkeiten Mahomed's bei ihm Wurzel gefaßt habe. Inzwischen sind schon mehrere hundert Individuen enrolirt und über die Donau gesendet worden. Daß alle Neuengagirten sich ganz freiwillig hätten anwerben lassen, ist die einzige Antwort, welche Omer Pascha auf alle Reclamationen gibt, indem er natürlich in die Frage nicht eingeht, ob ein durch Geschenke und Versprechungen geleiteter Wille auch ein ganz freier sey.

## Neues und Neuestes.

— Der „Slavenski Jug“ ist verboten worden. Im Augenblicke, als die Nummer vom 12. d. M. desselben in die Presse kam, erschienen der Hr. Stadthauptmann Srabec und der Magistrats-Rath Verbanik, als Excommisäre, in der Druckerei, und verkündeten das von Sr. Excellenz dem Banus verfügte Verbot des Blattes. Sie ließen sich einen Abdruck von der eben in der Presse befindlichen Nummer geben, und stellten den weitem Druck ein.

— Kaiser Ferdinand hat nunmehr beschlossen, in Prag seinen bleibenden Aufenthalt zu nehmen.

— Zum Baue zweier Fregatten von 60 und einer Corvette von 30 Kanonen wurden unserer Marine 1,600,000 fl. bewilliget.

— Der bekannte Volksdichter Franz Stelzhammer ist von Seite der Regierung mit Abfassung eines Schul-Lehrbuchs beauftragt.

— Die Erfurter Versammlung wird bestimmt am 20. März zusammentreten. Die preussische Regierung hat die dahin lautende Proposition des Verwaltungsrathes definitiv angenommen.

— Die Stände des Fürstenthums Waldeck werden, wie die Berliner Const. Zeitung wissen will, an ihren Fürsten den Antrag stellen, sich zu mediatifiren und an Preußen anzuschließen.

— Wien, 13. Februar. Im Laufe der nächsten Tage sollen ausführliche Instructionen an die k. k. Gesandtschaft zu Athen in Betreff der Haltung derselben während der Dauer der griechisch-britischen Differenz abgehen.

— Die am 10. l. M. in Prag stattgehabte Versammlung böhm. Industriellen, war in der Zahl der Vertreter nicht so bedeutend, als es von der Wichtigkeit des Gegenstandes zu erwarten stand. Wir vernehmen, daß von der Versammlung der Beschluß gefaßt wurde, es solle demnächst eine aus dem in Jungbunzlau gewählten Comite und aus acht Vertretern einzelner Industriezweige bestehende Deputation an den Herrn Handelsminister gesendet werden, um ihm die vom Herrn Fabrikanten Richter verfaßte Denkschrift zu überreichen.

